

Protokoll

des Grossen Gemeinderates von Spiez

Sitzung Nr. 196 vom 10. September 2007, 19.00 Uhr,

im Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz		Aegerter Klaus
Anwesende Mitglieder	EDU	Gradwell Barbara Iseli Werner
	EVP	Bärtschi Godi Bürki Andreas Kiener Markus
	FDP	Gurtner Urs Hautle Ernst Lanz Daniel Sennhauser Franz
	FS	Hürlimann Christoph Hürlimann Evi Indermühle Theres Schafroth Gerhard
	GFL	Aegerter Klaus Büchi Anna
	JL	Keiser Nadja
	SP	Baumann Eliane Grandjean Irma Hauck Annina Hauck Bernhard Holderegger Walter Nelles Joachim Nyffenegger Ulrich Thöni Astrid Trummer Albert Zybach Ursula
	SVP	Brunner Jolanda von Känel Kurt Maibach Urs Mühlematter Christine Müller Paul Roe Marianne Staudenmann Jürg

Anwesend zu Beginn	33 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig	
Jugendrat	Dunkelmann Daniel	
Sekretär	Sigrist Konrad	
Protokollführer	Zürcher Adrian	
Presse	Peternell Svend Hubacher Markus Maurer Hanspeter Gubler Christa	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	ca. 25 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Arnold Franz, Gemeindepräsident Brenzikofer Klaus Erni Ursula Frei Kurt von Känel Jacqueline Kocherhans Stefan Zaugg Christian	SP SVP EVP SP SP FDP FS
Entschuldigt	Trachsel Verena (Ferien) Briggen Willi Kislig Peter (krank)	SP SVP SVP

E r ö f f n u n g

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, den Vertreter des Jugendrates, den Sekretär, den Protokollführer sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 196. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Speziell begrüsst wird Werner Iseli (EDU), welcher als Ersatz von Adrian Sigrist neu im GGR Einsitz nimmt.

Durch die krankheitsbedingte Absenz von Peter Kislig ist Urs Gurtner heute einziger Stimmzähler.

T r a k t a n d e n l i s t e

Traktanden

1. 149/07 Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2007
2. 150/07 Sitzungsplan 2008
3. 151/07 Einführung Schulsozialarbeit
 - a) Schulsozialarbeit / Stellenschaffung
 - b) Abschreibung Motion A. Thöni (SP) betr. Kinder und Jugendliche mit Problemen

4. 152/07 Informationen des Gemeindepräsidenten
 5. 153/07 Neue Einfache Anfragen
 6. 154/07 Behandlung parlamentarischer Vorstösse
 - Motion EVP-Fraktion (A. Bürki) betr. Wärmeverbundzonen im Zonenplan
 - Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betr. Überprüfung von Gemeindeaufgaben
 - Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betr. Überprüfung des Finanzvermögens
 7. 155/07 Neueingänge parlamentarischer Vorstösse
-

V e r h a n d l u n g e n

149 P Protokoll
Sitzung vom 18. Juni 2007
Das Protokoll wird genehmigt.

150 1.300 Grosser Gemeinderat
Sitzungsplan 2008

Ausführungen des Gemeinderates

Seitens des Gemeinderates werden keine Ergänzungen angebracht.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)
Der Sitzungsplan 2008 wird genehmigt.

151 1.700 Gemeindepersonal/Verwaltungsabteilungen

Einführung Schulsozialarbeit

a) Schulsozialarbeit / Stellenschaffung

Ausführungen des Gemeinderates

Jacqueline von Känel: Die Schule soll es richten; aber nicht alles. Die Schule unterstützt Eltern in ihrem Erziehungsauftrag. Häufig ist es damit aber nicht getan. Der Ablauf der Präsentation dieses Geschäftes ist wie folgt vorgesehen:

1. Allgemeine Informationen
2. Bedarfs- und Ressourcenanalyse Spiez
3. Resultate der Bedarfs- und Ressourcenanalyse
4. Pilotprojekt Schulsozialarbeit Spiez
5. Antrag des Gemeinderates
6. Schulsozialarbeit im Kanton Bern / Stellenwert

Allgemeine Informationen

Es ist drei Jahre her, dass hier die Motion überwiesen wurde und der Gemeinderat den Auftrag zur Umsetzung dieser Motion erhielt. Der Auftrag lautete, eine Problemerkennung durchzuführen, warum Kinder und Jugendliche Probleme haben und dem GGR aufzeigen, mit welchen Mitteln diese angegangen werden können. Dies spricht für einen gewissen gesellschaftlichen Wandel.

Ursula Erni: Der ökonomische und gesellschaftliche Wandel hat sich auf die Lebensbedingungen von Familien, Kindern und Jugendlichen ausgewirkt. Prekäre Lebensverhältnisse können die soziale Integration gefährden, wenn Familien nicht halten, Eltern ihre Betreuungs- und Erziehungsfunktion nicht wahrnehmen können oder wollen, die Schule nicht in der Lage ist, die Erziehungsdefizite zu beheben, die lokale Sprache nicht verstanden und gesprochen wird, wenn Krankheit und psychische Schwierigkeiten vorhanden sind. Nach der Familie ist die Schule der wichtigste Ort, wo soziale Integration stattfindet und gefördert werden kann.

Jacqueline von Känel: Diese Veränderungen machen sich auch in der Schule bemerkbar und wirken sich auf den Schulalltag und die Unterrichtsbedingungen aus. Man muss integrieren, die Gruppendynamik muss besonders beachtet werden, vom Elternhaus gibt es wenig Rückhalt. Die Lehrkräfte geraten immer stärker an die Grenzen ihrer Einflussmöglichkeiten und verfügen nicht über die benötigten Ressourcen. Diese benötigen sie für den Unterricht. Ihre Einflussmöglichkeiten in Bezug auf das Elternhaus sind beschränkt.

Ursula Erni: Auf der aufgelegten Folie ist das schön renovierte und nach neusten Kriterien der Nachhaltigkeit sanierte Spiezmoosschulhaus zu sehen. Jetzt zeigt uns die Bedarfsanalyse auf, dass wir innovativ in die Schülerinnen und Schüler investieren müssen, damit hohe materielle und auch gesellschaftliche Folgekosten vermindert werden können. Schulsozialarbeit ist konkrete Präventionsarbeit und ein Erfolgsfaktor für die Umsetzung einer nachhaltigen Sozialpolitik. Diese muss sich darauf einstellen, dass die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse weiterhin zunehmen. Wir können und dürfen es nicht zulassen, dass immer mehr Jugendliche ohne Perspektiven dastehen, sich zu Gewalt verleiten lassen oder in Drogen flüchten.

Bedarfs- und Ressourcenanalyse Spiez

Jacqueline von Känel: Die Problemerkennung wurde durchgeführt. Man hat sich auf Spiez fokussiert und die Probleme in unserer Gemeinde erhoben. Es wurde bald einmal klar, dass es sich um eine komplexe Angelegenheit handelt. Man hat sich zum Beizug einer externen Fachperson entschieden und Professor Daniel Iseli, Fachhochschule für Sozialarbeit Bern, beigezogen. Er hat bereits in mehreren anderen Gemeinden solche Analysen durchgeführt und be-

gleitet. Danach wurden Workshops durchgeführt. Man hat Vertreterinnen und Vertreter aller Schulhäuser eingeladen und hat sie nach ihren Problemen in den Schulhäusern befragt. In einem zweiten Workshop wurden sämtliche Personen eingeladen, welche irgend etwas mit dem Sozialwesen zu tun haben (Soziale Dienste, Erziehungsberatung und Schulärzte). Diese wurden mit dem Resultat des ersten Workshops konfrontiert. Diese Resultate wurden anschliessend in der Projektgruppe weiterdiskutiert. Danach wurde eine quantitative Erhebung in den Schulen durchgeführt. Alle Lehrkräfte konnten sich zu ihren Problemen äussern.

Resultate der Bedarfs- und Ressourcenanalyse

Die Resultate wurden in der Projektgruppe unter der fachlichen Begleitung des externen Beraters ausgewertet. Es wurden verschiedene Handlungsschwerpunkte erkannt. Folgende Massnahmen wurden verabschiedet:

Verbesserung der Früherfassung in den Schulen
 Überprüfung der schulergänzenden Angebote
 Überprüfung der Elternberatungs- und Elternbildungsangebote
 Schaffung einer Stelle Schulsozialarbeit

Die ersten drei Massnahmen hat der Gemeinderat in eigener Kompetenz beschlossen und die zuständigen Ressorts mit der Umsetzung beauftragt. Die Schaffung einer Stelle für Schulsozialarbeit ist die vierte Massnahme. Die vier Massnahmen können nicht priorisiert werden und müssen gemeinsam angegangen werden.

Pilotprojekt Schulsozialarbeit Spiez

Ursula Erni: Schulsozialarbeit ist ein eigenständiges Arbeitsfeld, das Kinder- und Jugendliche beim Erwachsenwerden begleitet und ihre Kompetenzen zum Bewältigen von persönlichen oder sozialen Problemen fördert. Es beinhaltet folgende fünf Handlungsfelder:

1. Früherfassung von sozialen Problemen

In der frühen Kindheit liegt der Schlüssel, deshalb müssen die Weichen früh gestellt werden. Deshalb ist die Früherfassung notwendig, damit eine Stärkung und positive Entwicklung des Kindes erfolgen kann. Durch ein frühzeitiges Erkennen und Intervenieren bei auffälligem Verhalten können institutionelle und gesetzliche Massnahmen reduziert werden. Das heisst, Fremdplatzierungen und weitere vormundschaftliche Handlungen, wie Obhutsentzüge, Erziehungsbeistandschaften usw. können vermindert werden.

2. Integration

Unterschiedliche Werte, Verständigungsprobleme und belastende Vorgeschichten können bei ausländischen Kindern und Jugendlichen zu Orientierungslosigkeit und fehlenden Perspektiven führen. Unterstützung bei der Integration hilft allfällige Frustrationshandlungen und Krisen zu verhindern.

3. Prävention und Intervention

Für die Prävention sind übergeordnete Förderungsziele zu verfolgen, die ein gutes Schulklima schaffen und die Schulhauskultur positiv beeinflussen. Intervention ist ein Mittel, um offensichtliche Probleme mit individuellen Zielsetzungen anzugehen.

4. Kommunikation und Vernetzung

Alle beteiligten Akteure sind aufgefordert zu kommunizieren, damit die Probleme erkannt und angegangen werden können. Es braucht auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Fachstellen eine Vernetzung und Zusammenarbeit. Diese muss genau definiert werden. Den Schnittstellen ist grösste Beachtung zu schenken. Vermittlung zu Eltern, Fachstellen und Schulkolleg/innen ist ein zentraler Bestandteil der Schulsozialarbeit.

5. Projektarbeit

Themenspezifische Gruppen- und Klassenarbeit sollen helfen, die sozialen Kompetenzen zu fördern. Verschiedene Methoden kommen dabei zum Einsatz. Es können Vereinbarungen, Regeln, Wiedergutmachungen oder Verhaltensstandards angestrebt werden.

Konzept „Umsetzung Schulsozialarbeit in Spiez“

Das für Spiez „massgeschneiderte“ Umsetzungskonzept und Pilotprojekt wird mit der Beteiligung der HSA Bern, Professor Daniel Iseli, den Schulverantwortlichen und der Abteilung Soziales erarbeitet. Schwerpunkt bildet die integrierte Schulsozialarbeit für die Schulen Spiezmoos und Spiezwiler. Pro Schulhaus findet eine regelmässige Präsenz von 2 – 3 Halbtagen statt. Ein fester Arbeitsplatz sowie ein Besprechungszimmer stehen zur Verfügung. Für die übrigen Primarschulen und Kindergärten steht ein ambulantes Angebot von ca. 2,5 Tagen zur Verfügung. Es wird eine dreijährige Projektdauer empfohlen, damit genügend Zeit für Aufbau, Erprobung und Auswertung möglich ist. Nach zwei Jahren Projektdauer wird ausgewertet und Vorschläge werden ausgearbeitet. Die Stelle wird während der Pilotphase der Abteilung Soziale Dienste angegliedert. Mit der Projektleitung werden die Ressortvorsteherinnen Bildung und Soziales beauftragt und zur Unterstützung wird eine Projektgruppe bestehend aus Projektleitung, Leitung Schulsozialarbeit, Vertretung Schulleitung Primarschulen, Leitung Heilpädagogische Dienste eingesetzt. Früherster Beginn der Schulsozialarbeit ist Sommer 2008. Die beantragten 90 Stellenprozente werden wie folgt begründet:

- Für ca. 1000 Kindergarten- und Realschulkinder werden im kantonalen Durchschnitt 116 Stellenprozente eingesetzt.

Zwei Schulhäuser mit integrierter und die anderen Schulhäuser mit ambulanter Schulsozialarbeit müssen einberechnet werden. Diese Mischform ist aufwändig. In der Projektgruppe wurde intensiv und unter Einbezug verschiedener Faktoren über die benötigten Stellenprozente diskutiert. Professor Iseli unterstützte die Projektgruppe mit seinem jahrelangen Erfahrungshintergrund in der Meinungsbildung. Wie schon erwähnt, kann nur mit genügend Ressourcen eine genügende Evaluationsaussage gemacht werden.

Erwägungen des Gemeinderates

Der Bedarf an Schulsozialarbeit ist ausgewiesen. Die Ressourcen der Lehrkräfte können wieder vermehrt auf die Wissensvermittlung konzentriert werden. Der Gemeinderat ist sich einig, dass die Probleme nicht erst angegangen werden sollten, wenn sie unübersehbar auftreten und massive Folgekosten verursachen. Diese Kostenersparnisse können nach der Einführung der Schulsozialarbeit nicht 1 zu 1 nachgewiesen werden. Die Unterstützung und Durchführung von Projekten der Prävention und Gesundheitsförderung sind ein gemeinderätliches Legislaturziel und haben in der Entscheidungsfindung einen hohen Stellenwert. Die wiederkehrenden Betriebskosten sind hoch und widersprechen den Sparanstrengungen und somit auch dem anderen prioritären Legislaturziel Schuldenabbau. Das Spannungsfeld zwischen sozialpolitischem Handlungsbedarf und finanzpolitisch engem Spielraum bleibt bestehen (die zur Verfügung stehenden Steuergelder müssen optimal und damit nachhaltig verwendet werden).

Dreijähriger Pilotbetrieb Schulsozialarbeit

Es wird eine dreijährige Projektdauer empfohlen, damit genügend Zeit für Aufbau, Erprobung und Auswertung möglich ist. Für die angestrebte Qualitätssicherung der Schulsozialarbeit und genügend Erfahrungsdaten für die Evaluation ist dieser Zeitrahmen wichtig. Bereits nach zwei Jahren Projektdauer wird ausgewertet und Vorschläge werden ausgearbeitet.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt für die Schulsozialarbeit eine 90 %-Stelle befristet auf drei Jahre (Pilotphase) zu schaffen. Die Motion A. Thöni betreffend Kinder und Jugendliche mit Problemen ist als erfüllt abzuschreiben.

Schulsozialarbeit im Kanton Bern / Stellenwert

In den vergangenen Monaten haben verschiedene grössere Gemeinden, wie Belp, Ittigen, Münchenbuchsee, Ostermundigen und Burgdorf ja zur Schulsozialarbeit gesagt. Mittlerweile verfügen ca. 30 Gemeinden im Kanton Bern über Schulsozialarbeit und ca. weitere 30 Begehren bestehen in anderen Gemeinden durch Vorschläge oder politische Vorstösse. Schulsozialarbeit erweist sich zunehmend als eine notwendige und sinnvolle Unterstützung in vielen Berner Gemeinden.

Jacqueline von Känel: Der Stellenwert der Schulsozialarbeit ist für den Regierungsrat und besonders für Regierungsrat Bernhard Pulver unbestritten. Er hat der Schulsozialarbeit im Rahmen der Bildungsstrategie eine besondere Bedeutung beigemessen. Für die Umsetzung im Kanton Bern sind jedoch noch Vorarbeiten nötig. Die Besoldungskosten für Schulsozialarbeit können zur Zeit noch nicht dem Lastenausgleich zugeführt werden. Die konkrete Regelung wird im Rahmen der Gesamtrevision des Volksschulgesetzes im Jahr 2012 geklärt. Die Kosten für Schulsozialarbeit fallen deshalb zur Zeit noch voll zu Lasten der Gemeinden. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion finanziert die Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen des Lastenausgleichs. Es ist jedoch nicht möglich, Stellenprozente der Jugendarbeit für Schulsozialarbeit zu verwenden. Die Arbeiten der Kinder- und Jugendarbeit werden durch einen klaren Leistungsauftrag des Kantons definiert. Dieser Auftrag darf nicht abgeändert werden. Die Kosten müssen deshalb vollumfänglich durch die Gemeinde getragen werden. Die einmaligen Investitions- und Projektkosten fallen in die Kompetenz des Gemeinderates. Die Entwicklung der Schulsozialarbeit ist vom Grossen Rat als prioritäre Massnahme gewünscht worden. Neben der Erziehungs- und der Gesundheits- und Fürsorgedirektion ist auch die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion sowie die Polizei- und Militärdirektion betroffen. Nebst der Entwicklung der konzeptionellen und gesetzlichen Grundlagen soll auch die Zuteilung der Mittel geklärt werden. Die Erkenntnisse bezüglich der verschiedenen Modelle für Schulsozialarbeit werden in ein kantonales Konzept einfließen und gelten als Grundlage für eine kantonale Regelung. Da dieses Konzept erst im Spätsommer 2007 fertig gestellt wird, war es nicht möglich, die Schulsozialarbeit in die Teilrevision des Volksschulgesetzes 2008 aufzunehmen.

Ursula Erni: Vielen Dank an alle Beteiligten, welche in diesem Projekt mitgearbeitet haben, um eine optimale Lösung, zum Wohl unserer Spiezer Kinder und Jugendlichen zu finden. Dieser Dank gilt allen Workshopteilnehmenden, der Projektgruppe unter der professionellen Begleitung von Daniel Iseli von der Fachhochschule für Sozialarbeit Bern. Ein besonderer Dank geht auch an die Ressortvorsteherin Bildung/Kultur, Jacqueline von Känel. Sie hat mit grossem Engagement gehalten, dieses Projekt zu führen.

Jacqueline von Känel schliesst sich diesem Dank an.

Stellungnahme der GPK

Walter Holderegger: Die GPK hat das Geschäft geprüft. Vorgängig wurde mit den beiden Gemeinderätinnen Ursula Erni und Jacqueline von Känel das Gespräch gesucht. Die Probleme in den beiden Schulhäusern Spiezmoos und Spiezwiler sind nicht zu unterschätzen. Die erhobenen Zahlen, welche im Bericht erwähnt sind, sind vorsichtig zu geniessen und liegen eher an der unteren Grenze. Die Zuteilung der Schulkinder auf die Schulhäuser kann nicht ohne zusätzliche Kosten für Schülertransporte geändert werden. Die GPK ist der Ansicht, dass der Gemeinderat die Motion Thöni, mit dem Einsetzen einer Arbeitsgruppe und dem nun vorliegenden Antrag ernst genommen hat. Der Gemeinderat hat die Schlussfolgerungen aus dem Bericht ernst genommen und beantragt nun die Schaffung einer 90 %-Stelle für die Schulsozialarbeit befristet auf drei Jahre. Der politische Entscheid für die Stellenschaffung liegt beim GGR, ebenfalls die Abschreibung der Motion Thöni. Die GPK empfiehlt, der Stellenschaffung zuzustimmen und die Motion Thöni als erfüllt abzuschreiben.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher

Eliane Baumann (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates voll und ganz. Kinder und Jugendliche - die zukünftige Generation von Spiez - sind uns dies wert. Am 13. September 2004 hat der GGR der Motion Astrid Thöni einstimmig zugestimmt. Der Gemeinderat hat den Auftrag erhalten, die Problematik der Kinder und Jugendlichen mit Problemen zu behandeln. Das Resultat liegt nun in Form der Bedarfs- und Ressourcenanalyse einer externen Fachstelle vor. Diese zeigt auf, dass die Gemeinde auf dem richtigen Weg ist, aber weitere Massnahmen nötig sind. Die vorhandenen Tagesstrukturen (z.B. Aufgabenhilfe, Mittagstisch) können den Gefährdungsmeldungen und Fremdplatzierungen nicht alleine entgegenreten. Die Probleme, welche unsere Kinder und Jugendliche haben, sind nicht in erster Linie Ausländerprobleme. Diesen Problemen kann auch die Schule alleine nicht beikommen. Die Schule hat neben dem Bildungs- auch einen Erziehungsauftrag. Die Klassengrössen, Disziplinarprobleme, Integration von Kleinklassenschülerinnen und -schülern, Integration von fremdsprachigen Kindern und weitere Punkte führen dazu, dass der Bildungsauftrag immer schwieriger wird. Die Schaffung einer 90 %-Schulsozialarbeiterstelle kann helfen die Lehrerschaft zu entlasten und den Bildungsauftrag wieder in den Vordergrund rücken. Ein weiterer Punkt ist die Früherkennung. Je früher die Probleme erkannt werden, desto einfacher und kostengünstiger können diese gelöst werden. Langjährigen kostenintensiven Betreuungen kann so vorgebeugt werden. Wenn ein bis zwei Fremdplatzierungen pro Jahr vermieden werden können, sind die Kosten der Stelle gedeckt. Familien erhalten, nicht ersetzen; dies hat die Schaffung dieser Stelle zum Ziel. Mit einer professionellen Betreuung können Familien durch das Jahr begleitet werden. Die Pilotphase soll drei Jahre dauern. Dies ist gemäss Expertenmeinungen das Minimum. Resultate werden nicht von heute auf morgen erkennbar sein. Ein chinesisches Sprichwort sagt:

*„denkt man an ein Jahr, sät man Korn,
denkt man an ein Jahrzehnt, pflanze man einen Baum,
denkt man an ein Jahrhundert, dann bilde und erziehe die Jugend.“*

Die SP-Fraktion will etwas machen für die Kinder und Jugendlichen von Spiez. Sie sind es uns wert.

Daniel Lanz (FDP): Investitionen in die Jugend sind Investitionen in unsere Zukunft. Die FDP-Fraktion unterstützt die Lösungsvorschläge, welche in der Studie gemacht werden. Ein einziger Punkt wird heute zur Debatte gestellt: Die Schaffung einer befristeten Stelle für Schulsozialarbeit. Die Projektkosten sind übersichtlich aufgelistet. Die Finanzierung ist nicht gelöst und geht voll zu Lasten der laufenden Rechnung. Eine Rechnung, welche schon lange nicht mehr ausgeglichen ist. Die FDP-Fraktion ist nicht bereit, neue Kosten zu beschliessen, ohne dass die Finanzierung sichergestellt ist. Aus diesem Grund gibt es zwei verschiedene Lösungen: Die 90 Stellenprozente werden an einem anderen Ort eingespart oder Spiez wartet bis der Kanton die entsprechenden Aufwendungen in den Lastenausgleich aufnimmt. Die FDP-Fraktion beantragt deshalb den Beschluss wie folgt anzupassen:

1. Für die Schulsozialarbeit wird eine 90 %-Stelle befristet auf 3 Jahre (Pilotphase) geschaffen. **Die entsprechenden Stellenprozente werden andernorts eingespart.**

Nur wenn der GGR Rechenschaft über die Finanzierung der Stelle ablegt, wird die FDP-Fraktion dem Geschäft zustimmen. Ansonsten wird Spiez in diesem Bereich keine weitere Vorreiterrolle einnehmen und muss auf die Aufnahme in den kantonalen Lastenausgleich warten. Die Schulsozialarbeit entlastet im besten Fall die Lehrer und hilft den Kindern nicht wirk-

lich. Nur mit zusätzlichen, schulergänzenden Angeboten verspricht diese Massnahme Erfolg. Was nützt eine Schulsozialarbeit, wenn ein Kind nach Hause kommt und wegen fehlenden Tagesstrukturen unbetreut bleibt. Deshalb fordert die FDP-Fraktion die Einführung von Tages-schulen. Diese umfassen Blockzeiten, Mittagstisch und Aufgabenhilfe. Von diesem Angebot profitieren nicht nur die sozial Schwächsten, sondern auch wichtige Steuerzahler, wie zum Beispiel Doppelverdiener.

Evi Hürlimann (FS): Der Nutzen einer 90 %-Stelle für die Schulsozialarbeit wird als dringlich erachtet. Es ist ein sehr wertvoller und wichtiger Beitrag für unsere Jugend und die Lehrerschaft. Warten löst die aktuellen Probleme sicher nicht. Eine Vorreiterrolle wird Spiez mit der Schaffung der Stelle auch nicht übernehmen, da es solche Angebote bereits in mehreren Gemeinden gibt. Im Schulhaus Längenstein unterrichtet Herr Daniel Biedert, Heilpädagoge, die Kleinklassen. Er zeigt wie effizient und effektiv Schulsozialarbeit sein kann. Dank seinem schnellen, unbürokratischen Eingreifen im Bereich Schulsozialarbeit können soziale Probleme in der Schule sehr früh erfasst werden. Die Arbeit ist recht vielfältig (z.B. Gewalt, Mobbing, Rassismus etc.). Er hilft bei Präventionsprojekten, Beratung und Unterstützung von Lehrkräften. Der psychische Druck, welcher bei solchen Problemen entsteht, ist für alle Beteiligten nicht ausser Acht zu lassen. Die erzielten Resultate zeigen, wie wertvoll die Arbeit von Herrn Daniel Biedert eingestuft werden kann. Die Schule muss ein Ort sein und bleiben, wo das Lernen im Zentrum steht, wo angenehmer Umgang, angemessenes Verhalten und gegenseitiges Vertrauen selbstverständlich sind und mit einem geordneten Umfeld mit klaren Regeln und Strukturen. Die frühzeitige Erkennung und Behandlung von sozialen Problemen wird die Aufwendungen nach der obligatorischen Schulzeit mehr als kompensieren. Die FS-Fraktion befürwortet die Einführung einer 90 %-Stelle für Schulsozialarbeit.

Markus Kiener (EVP): Die EVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Die Schulsozialarbeit ist ein Dienst an unsere Schule, die Jugend und an die Allgemeinheit. Der Kosten-/Nutzenfaktor kann in Zahlen nicht genau beziffert werden. Es wirkt und zahlt sich aber sicher aus. Persönlich stellt er fest, dass es immer schwierige Situationen in der Schule und in den Klassen gab. Seit seinem Rücktritt aus dem Schuldienst hat sich die Situation aber eher zugespitzt. Dies konnte er Äusserungen von Kolleginnen und Kollegen entnehmen. Eine Besserung scheint vorerst nicht in Sicht. Es ist eine alte Weisheit, dass man ein „Häklein“ zurechtbiegen sollte, bevor es ein „Haken“ geworden ist. Dazu braucht es Fachleute, welche Hilfestellungen geben können, Vernetzungen aufzeigen, sonst kann es schnell einmal teuer werden.

Christine Mühlematter (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Man ist bereit, für die Jugend etwas zu unternehmen, damit man die Probleme in den Griff bekommt. Als einziges bereiten bei diesem Geschäft die Gemeindefinanzen Sorgen. Die Einführung der Schulsozialarbeit soll uns in den nächsten drei Jahren ganze Fr. 372'000.00 kosten. Dies sind jährliche Mehrausgaben von Fr. 124'000.00 für die nächsten drei Jahre. Dies können wir uns schlicht und einfach nicht leisten. Es nützt nichts Sparübungen zu machen (z.B. Verzicht auf Gratisvelovignetten für Schüler von Fr. 8'000.00) und nun sind wir daran, jährliche Mehrausgaben von Fr. 124'000.00 zu beschliessen. Die SVP-Fraktion ist für die Schaffung einer 90 %-Stelle für Schulsozialarbeit. Aber sie muss kostenneutral erfolgen. Die SVP-Fraktion beantragt deshalb:

Die Einführung der Schulsozialarbeit muss kostenneutral erfolgen. Mit der Schaffung einer 90 %-Stelle für Schulsozialarbeit darf die Jahresrechnung der Gemeinde Spiez nicht zusätzlich belastet werden. Die 90 Stellenprozente sind im bestehenden Stellenetat der gesamten Gemeinde unterzubringen. Die gesamten Stellenprozente dürfen nicht aufgestockt werden. Sollte dies nicht möglich sein, sind die Kosten anderswo einzusparen (z.B. bei weniger dringenden Projekten, welche zurückgestellt werden). Nach Ablauf der Pilotphase von drei Jahren sind Bedarf und Finanzierung wiederum neu zu beurteilen.

Nadja Keiser (JL/GFL): Von einer Vorreiterrolle kann keine Rede sein. Im Vergleich zum Kanton Baselstadt sind wir Hinterwäldler. Dieser Halbkanton kennt seit Jahren eine gutdotierte Schulsozialarbeit. Eine Vertreterin der Schulkommission konnte ihr nur Positives darüber berichten. Sie war sehr erstaunt, dass wir erst jetzt eine solche Stelle schaffen wollen und der Kanton Bern dies nicht schon lange flächendeckend eingeführt hat. Es handelt sich nicht um Mehrkosten. Bei der Prävention muss man mindestens mittelfristig denken. Wie soll man Fälle, welche durch Prävention verhindert werden, kostenmässig werten. Die JL/GFL-Fraktion unterstützt die Schaffung dieser 90 %-Stelle vollumfänglich.

Allgemeine Diskussion

Barbara Gradwell: Der Antrag des Gemeinderates zur Schaffung einer Stelle für Schulsozialarbeit wird unterstützt. Ein gutes, stabiles soziales Umfeld in der Schule trägt wesentlich dazu bei die Qualität der Schule zu steigern. Es soll nicht zugewartet werden mit der Stellenschaffung.

Astrid Thöni: Als Motionärin hat sie den Anstoss zu diesem Geschäft gegeben. Die Gemeinderätinnen Ursula Erni und Jacqueline von Känel haben das Geschäft einleitend äusserst klar beschrieben, ohne dass die Vorlage pfannenfertig von der Verwaltung geliefert wurde. Für ihr Engagement wird ihnen bestens gedankt. Persönlich wird allen gedankt, welche in irgend einer Form ihre Zeit und ihr Know-how für dieses Projekt zur Verfügung gestellt haben. Die Meinungen im Saal sind wohl gemacht. Damit jemand noch umgestimmt werden könnte, müssten nun Fallbeispiele aus dem Alltag der Schule vorgebracht werden. Geschichten von Kindern und Jugendlichen, welche die Kurve nicht gekriegt haben. Man kann sich wohl nicht vorstellen, mit wie vielen Erlebnissen und Problemen viele Kinder durch das Leben gehen. Solche Geschichten dürfen hier aber aus Persönlichkeitsschutzgründen nicht wiedergegeben werden. Sie verspricht sich vom Projekt Schulsozialarbeit eine Früherkennung von Problemen mit einem früher Eingreifen. Wenn eine Schulsozialarbeiterin oder ein Schulsozialarbeiter ein Kind ein Stück weit an der Hand nehmen kann und auf seinem Weg in die richtige Richtung begleiten kann, wird in späteren Lebensabschnitten mit weniger Problemen gerechnet. Je früher man eingreifen kann, desto besser ist ein Kind noch lenkbar. Im 8. und 9. Schuljahr ist dies viel schwieriger, aufwändiger und viel teurer. Welche Möglichkeiten haben dann noch die Lehrmeister oder späteren Arbeitgeber? Die Antwort kann man sich denken. Früh auf Auffälligkeiten reagieren ist die beste Prävention. Es ist allen klar, dass sich die Motion auf Problemfälle bezieht. Wir schaffen kein flächendeckendes Luxusangebot. Immer wieder wird hier im Saal darauf hingewiesen, dass man den jungen Spiezerinnen und Spiezern keinen finanziellen Scherbenhaufen hinterlassen darf, aber sicherlich dürfen wir auch keine soziale Kehrichtdeponie hinterlassen. Dem Antrag des Gemeinderates zur Schaffung einer 90 %-Stelle als Pilotprojekt ist zuzustimmen.

Joachim Nelles: Das Geschäft wurde sehr gut vorgestellt. Die Qualität der Vorlage ist gut. Er kennt die von Astrid Thöni erwähnten Fälle aus seiner täglichen Arbeit. Er hat fast ausschliesslich mit den Folgen solcher Situationen zu tun als Psychiater und Psychotherapeut. In der Medizin gibt es das Sprichwort, dass vorbeugen besser ist als heilen. Bei der Früherkennung kann man von einer Schadensreduzierung sprechen. Alles kostet etwas im Leben. Wir müssen ein Weggli auch kaufen. Für 5 Rappen erhält man heute keines mehr. Das 5 Rappenstück und das Weggli zu haben, geht nicht. Damit unseren Kindern geholfen wird, müssen wir auch bereit sein, etwas aufzuwenden. Er ist einverstanden, dass wir Tagesschulen brauchen. Man kann heute eine Motion einreichen, damit dies Morgen umgesetzt wird. Die Situation in unserer Gesellschaft kennen wir. Die Scheidungsrate nimmt ständig zu. Es gibt immer mehr alleinerziehende Mütter, mehr fremdsprachige Kinder, welche bei uns integriert werden. Es gibt grosse Problembereiche, welchen wir uns stellen müssen. Warten erhöht nur den Schaden. Es ist klar, dass nun die Lehrer nicht alle ihre Probleme in dieses Projekt eingeben kön-

nen. Es liegt nach wie vor in der Verantwortung jedes einzelnen Lehrers, dieses Angebot als Ergänzung zum bestehenden Pensum zu betrachten.

Urs Gurtner: Mit Freude kann festgestellt werden, dass man sich für einmal fast einig ist. Die Einführung von Schulsozialarbeit als Investition in die Jugend ist sinnvoll und nötig. Deshalb wurde die Motion im Jahre 2004 einstimmig überwiesen. Spiez muss diese Probleme rechtzeitig angehen und soll nicht bis ins Jahr 2012 warten, wenn die Kosten in den Lastenausgleich aufgenommen werden können. Es geht nicht um die Frage Schulsozialarbeit ja oder nein, sondern wie finanzieren wir dies. Es kann durchaus sein, dass einzelne Fälle von Fremdplatzierungen vermieden werden können und so gesehen, die Stellenschaffung möglicherweise nichts kostet oder sogar zu Einsparungen führt. Der Gemeinderat stellt in seiner Botschaft selber fest, dass es keine Erfolgsgarantie gibt. Die Finanzplanung sollte sich nicht auf ungesicherte Angaben stützen. Die SVP und die FDP verschliessen nicht die Augen vor den Problemen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien. Astrid Thöni hat es angetönt, wir dürfen den kommenden Generationen keinen finanziellen Scherbenhaufen hinterlassen. Wir müssen Prioritäten setzen. Die laufende Rechnung darf nicht mit einer Stellenschaffung zusätzlich belastet werden. Sämtliche Sparanstrengungen zur Verbesserung des finanziellen Handlungsspielraums werden wieder zunichte gemacht. Es ist wünschenswert, wenn der GGR heute abend ein Zeichen setzt und eine finanzierbare, kostenneutrale Einführung der Schulsozialarbeit als wichtige Investition in die Jugend einstimmig beschliessen kann. In diesem Sinn bittet er, dem Antrag der FDP-Fraktion zu folgen. Der SVP-Fraktion wird beliebt gemacht, sich dem Antrag der FDP-Fraktion anzuschliessen.

Jolanda Brunner: Die Schulen stehen heute an einem Ort, der mit einem immer schneller drehenden Karussell verglichen werden kann. In den letzten Jahren ist es nicht einfacher geworden Schule zu erteilen. Kinder sollen heute integriert werden, egal welche Bedürfnisse sie haben. Man versucht möglichst alle Kinder zu integrieren. Die Erwartungen des Elternhauses sind gestiegen. Die Eltern intervenieren öfters als früher. Die Defizite des Elternhauses sollen heute die Lehrer ausmerzen. Dazu kommt, dass die Thematik der Integration von Leuten aus anderen Kulturkreisen zugenommen hat. Es sieht heute danach aus, dass die Lehrkräfte Feuerwehr spielen. Sie spielen dies nicht nur, sondern sie sind die Feuerwehr. Bei Kindern, welche auffällig sind, wird gehandelt. Daneben gibt es andere auffälligen Kinder. Die Lehrkräfte müssen aber Prioritäten setzen. Die Früherfassung ist ein Thema. Die Schulen machen nicht nichts. Viele Lehrkräfte besuchen Kurse betreffend Früherfassung, Konfliktlösungen, spezielle Elternabende etc. Dies findet bereits statt. Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten und der Erziehungsberatung. Die Zahlen im Bericht liegen wohl eher noch etwas höher. Herr Daniel Biedert ist Heilpädagoge und für die integrative Schulung in den Kleinklassen zuständig. Die Zeit, welche er für Schulsozialarbeit aufwendet, kann er nicht einsetzen als Heilpädagoge. Man streckt sich nach der Decke, aber man löst keine Probleme. Mit der Aussage von Daniel Lanz, dass die Schulsozialarbeit nur den Lehrkräften nützt, kann sie sich nicht einverstanden erklären. Die Kinder merken sehr wohl, ob sich jemand ihrer annimmt oder nicht. Auch die Eltern merken dies, ob jemand hinschaut und das Gespräch sucht. Man darf dies nicht unterschätzen. Die schulergänzenden Massnahmen müssen koordiniert werden. Es ist klar, dass die Schulsozialarbeit die Kinder erst entdecken muss, welche präventiv unterstützt werden müssen. Auch Migrantenfamilien wollen nur das Beste für ihre Kinder. Sie verstehen jedoch manchmal nicht, was wir von ihnen wollen. Diese Aufklärungsarbeit übersteigt manchmal den Rahmen der Lehrkräfte. Dies zeigt auf, dass Schulsozialarbeit nötig ist als Präventionsmassnahme. Es ist zu hoffen, dass es später in der Oberstufe weniger Kinder gibt, welche auffällig sind. Sie ist froh, dass es hier so viele Leute gibt, welche die Problematik nachvollziehen können.

Ursula Zybach: Bei der Betrachtung der Zahlen handelt es sich um Fr. 42'000.00 an Projektkosten und Fr. 333'000.00 an Honorarkosten. Bei einem Vergleich mit der Gemeinderrechnung handelt es sich um 4 % der Gesamtkosten der Schule. Es handelt sich nicht um riesige Beträge. Anlässlich der letzten Sitzung wurde eine Motion überwiesen, welche die Einsparung von 10 % im Budget verlangt. Man stellt sich eine grössere Überbauung für rund Fr. 10 Mio. vor. Dabei treten beim Bau verschiedene Probleme auf mit vier bis fünf Themenfeldern. Mit der Bauherrschaft werden die Probleme besprochen. Es zeigt sich, dass man Fr. 330'000.00 an Honorarkosten investieren muss, damit man einen Problembereich für Fr. 60'000.00 bis Fr. 100'000.00 einsparen kann. Der Vergleich mit dem vorliegenden Geschäft zeigt, dass es 27 Problemfelder gibt. Wenn der Bauherr nun ausführt, dass nur die Projektkosten von Fr. 40'000.00 verrechnet werden können und die Honorarrechnung in der Bauabrechnung Platz haben müsste, kann dies bei einer so grossen Baustelle nicht aufgehen. Vielleicht hilft dieser Vergleich zu sehen, dass man bei diesem Geschäft mutig ja sagen kann. Die Schulsozialarbeit bringt durch die Vermeidung von Fremdplatzierungen Geld. Es muss auch an die Kinder gedacht werden, welche aus einem intakten Familienverhältnis stammen und intelligent sind. Störende Kinder bringen auch diese Kinder beim Lernen nicht weiter. Dies würde hier vielleicht auch Kindern von Familien mit Doppelverdienern weiterhelfen.

Ulrich Nyffenegger: Er hofft, dass die Meinungen über die Anträge noch nicht bei allen gemacht sind. Die Anträge der SVP und der FDP verlangen, dass das Angebot kostenneutral eingeführt wird. Diese Frage stellt sich hier eigentlich nicht. Dies kann man höchstens über die Sache definieren und nicht etwas Anderem gegenüberstellen. Der finanzielle Erfolg dieses Angebotes kann nicht gemessen werden. Bei der Feuerwehr oder bei Strassensanierungen kann man dies auch nicht. Der Antrag ist deshalb etwas quer. Die Kosten werden mit dem Budget beschlossen. Es stellt sich hier nur die Frage, ob uns diese Investition in die Jugend etwas Wert ist oder nicht. Wenn ja, müssen wir die Kosten übernehmen. Wir brauchen ein ausgeglichenes Budget. Dies kann mit NPM über die Standards gesteuert werden. Der Antrag auf Kosteneinsparungen muss dort gestellt werden, wo eingespart werden soll. Es wurde dargelegt, dass uns dieses Projekt in 10 oder 100 Jahren etwas bringen wird. Deshalb stellt er sich klar gegen die Anträge der SVP und der FDP.

Der Vorsitzende fragt die SVP-Fraktion an, ob sie ihren Antrag zugunsten der FDP-Fraktion zurückzieht.

Christine Mühlematter deponiert, dass die SVP-Fraktion nicht ins „Blaue“ hinaus Einsparungen fordert, sondern dass der Gesamtstellenetat nicht aufgestockt wird. Wenn man auf das Budget Einfluss nehmen will, muss dies bereits jetzt geschehen. Die SVP-Fraktion ist bereit, ihren Antrag zugunsten des Antrags der FDP-Fraktion zurückzuziehen.

Abstimmung

Der **Antrag der FDP-Fraktion** die Stellenprozentage andernorts einzusparen wird mit **12 : 20 Stimmen, bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

Beschluss (mit 23 : 9 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 Abs. 1 k) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Für die Schulsozialarbeit wird eine 90 %-Stelle befristet auf 3 Jahre (Pilotphase) geschaffen.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Abschreibung Motion A. Thöni (SP) betr. Kinder und Jugendliche mit Problemen

Ausführungen des Gemeinderates

Seitens des Gemeinderates werden keine Ergänzungen angebracht.

Ausführungen der Motionärin

Astrid Thöni: Dem GGR wird für die Zustimmung zur Einführung der Schulsozialarbeit gedankt. Es liegt nun in den Händen der zuständigen Organe, jemanden zu finden, welcher sowohl von den Kindern und ihren Eltern sowie von den Lehrkräften akzeptiert wird. Jemand welcher der Schulsozialarbeit ein Gesicht gibt. Mit der Abschreibung ihrer Motion kann sie sich einverstanden erklären. Sie macht darauf aufmerksam, dass bei immer mehr doppelverdienenden Elternteilen in Zukunft noch bedeutend mehr Erziehungs- und Betreuungsangebote geschaffen werden müssen. Die Schule kann zwar die Erziehung unterstützen, der primäre Auftrag ist jedoch den Kindern Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen. Vielleicht wird es in Zukunft sogar möglich sein, die Arbeitgeber für die Erziehungs- und Betreuungsaufgaben finanziell in die Pflicht zu nehmen. Dies wird vielleicht Thema der zweiten Motion mit dem Thema Erweiterung Kinderbetreuungsangebote sein. Sie hofft, dass dieses Thema noch in dieser Legislatur zur Sprache kommt.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion A. Thöni (SP) betr. Kinder und Jugendliche mit Problemen wird als erfüllt abgeschrieben.

Ab 20.20 Uhr - 21.30 Uhr Ehrung für besondere Leistungen

Folgende Personen werden für ihre besonderen Leistungen geehrt:

Umwelt	Schmid Steuri Franziska und Steuri Hans Rudolf (nachhaltige Energienutzung)
Kultur	Walter Zimmermann (Einsatz für die Bibliothek)
Soziales	Gertrud Barben (diverse ehrenamtliche Tätigkeiten)
Sport	Markus Kiener (Mitbegründer Spiezathlon und Bäuert-Stafette)
Beruf	Elisabeth Stettler (Leiterin Spitex Spiez)

Die Geehrten wird eine Urkunde, ein Essensgutschein in einem Spiezer Restaurant sowie ein Blumenstrauss überreicht.

Im Anschluss an die Ehrung wird ein Aperitif ausgeschenkt.

152 1.401 **Gemeindepräsident** **Informationen des Gemeindepräsidenten**

Missbrauch in der Sozialhilfe

Franz Arnold: Anlässlich der letzten GGR-Sitzung wurde eine Einfache Anfrage zu diesem Thema beantwortet. Dieses Thema hat andernorts hohe Wellen geschlagen und muss auch bei uns ernst genommen werden. Den Sozialen Diensten sowie der Sozialkommission ist es ein Anliegen, dass dieses Thema nicht einfach unter den Tisch gewischt wird. Bei der Beantwortung der Einfachen Anfrage wurde auf das Vorgehen in dieser Angelegenheit hingewiesen. Nach Möglichkeit soll versucht werden, den Missbrauch in der Sozialhilfe zu vermeiden. So gesehen, kann nicht gesagt werden, dass es bei uns keine Missbräuche gibt. Die Gemeinde Spiez ist ein grosses Dorf. Bei Vermutungen, dass ein möglicher Missbrauch vorliegt, muss hingeschaut werden. Bei Fällen von offensichtlichem Missbrauch kann dies direkt den Sozialen Diensten mitgeteilt werden. In der Sozialkommission sind alle Parteien der Gemeinde Spiez vertreten. Es ist naheliegend, dass das entsprechende Mitglied der jeweiligen Partei informiert werden kann. Es ist ein Anliegen der verantwortlichen Behörden und uns allen, die Verantwortung wahrzunehmen und den richtigen Weg zu wählen, damit Missbrauch aufgedeckt werden kann.

Grundstücksteigerung Liegenschaft Hirschi

Der Presse konnte entnommen werden, dass am 28. September 2007 die Liegenschaften Hirschi versteigert werden. Die Geschäftsliegenschaft an der Thunstrasse wäre für die Gemeinde Spiez strategisch gut gelegen und würde sich allenfalls für Büroräumlichkeiten eignen. Der Gemeinderat hat sich informiert, welche Möglichkeiten für eine Steigerung vorhanden sind. Der Gemeinderat und der GGR haben eingeschränkte Finanzkompetenzen und könnten sich nur im Rahmen dieses Spielraumes an der Steigerung beteiligen. Die Liegenschaften wurden summarisch auf ihren baulichen Zustand hin überprüft. Dabei hat sich ergeben, dass dieser zum Teil sehr zweifelhaft ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Liegenschaft zu einem „Schnäppchenpreis“ zu erstehen sein wird, ist eher unwahrscheinlich, da nach Auskunft von Fachleuten für solche Objekte ein Markt vorhanden ist.

Regionalkonferenzen / Konferenz Berner Oberland West

Die Regionalkonferenz Oberland West wird ca. 55 Gemeinden mit Thun als Zentrum umfassen. Seitens der Planungsregionen Obersimmental-Saanenland und Kandertal stand die Forderung im Raum, eine Konferenz mit Spiez als Zentrum zu bilden. Dies ist aus verschiedener Sicht nicht so einfach machbar, da die Gemeinde Spiez in verschiedener Hinsicht Richtung Thun orientiert ist und entsprechende Zusammenarbeitsverträge schon seit Jahren bestehen (Verkehr, Kultur, WRT etc.). Spiez ist auch kein Zentrum gemäss Bundesamt für Statistik und es wären keine Investitionshilfen von Bund und Kanton zu erwarten. Es muss deshalb etwas grossräumiger gedacht werden. Die Haltung des Gemeinderates von Spiez ist in der Zwischenzeit auch für die erwähnten Regionen besser nachvollziehbar, das heisst an einer Regionalkonferenz Berner Oberland West festzuhalten. Bei zwei Regionalkonferenzen hätte die Gemeinde Spiez in beiden Organisationen Einsitz nehmen und auch doppelt bezahlen müssen.

Arbeiten am Spiezberg / Entlastungsstollen

Bei den Arbeiten am Spiezberg für den Bau des Entlastungsstollen sind gewisse geologische Schwierigkeiten aufgetreten. Die Aufweitung des Durchstichs ist in der Zwischenzeit auf einen

Durchmesser von 355 mm angewachsen. Das Los 4 Sauberwasserkanal Stockhornstrasse wurde ausgeschrieben. Die Ausführung dieser Arbeiten ist ab Oktober 2007 bis April 2008 vorgesehen. Wenn diese Arbeiten abgeschlossen sind, sollten auch die Arbeiten am Entlastungsstollen abgeschlossen sein, so dass der Anschluss erfolgen kann. Bis jetzt sind keine Mehrkosten aufgetreten.

Hotel Schoneggpark

Der Tagespresse konnte entnommen werden, dass ein Hotelprojekt im Schoneggpark besteht. Die Verhandlungen über die Weiterführung des Projektes, insbesondere den zu entrichtenden Landpreis sind im Gange. Der GGR wird zu gegebener Zeit weiter orientiert.

Bauverwaltung

Der gesundheitliche Zustand von Bauverwalter Martin Mühlematter ist unverändert. Die Stelle wurde in der Zwischenzeit öffentlich ausgeschrieben. Es ist zu hoffen, dass die Stelle auf den 1. Januar 2008 neu besetzt werden kann. Mit den Betroffenen wurde dieses Vorgehen vorgängig abgeklärt.

Motion J. Brunner (SVP) betr. NPM-Produktegruppe Individuelle Sozialhilfe

Die Motion J. Brunner (SVP) betreffend NPM- Produktegruppe Individuelle Sozialhilfe kann wegen Wechsels der Leitung bei den Sozialen Diensten erst anlässlich der GGR-Sitzung vom Februar 2008 behandelt werden. Die Motionärin wurde vorgängig kontaktiert.

Gestaltung Kreisel Kronenplatz

Klaus Brenzikofer: Nach dem Spiezmärit wird der gelbe Belag und die Deckschicht beim Kreisel Kronenplatz abgefräst (ausser dem Vorplatz bei der BEKB). Danach wird der Kreisel neu asphaltiert. Der Platz präsentiert sich dann in grau. Mit dem Unternehmer wurde eine Vereinbarung unterzeichnet. Es handelt sich um Garantearbeiten. Der Kredit für die Sanierung des Kreisel Kronenplatz wird bisher um ca. Fr. 20'000.00 unterschritten. Allerdings ist der Platz nun nicht mehr gestaltet und präsentiert sich in grau. Es gab leider keine andere Lösung. In einer späteren Phase muss eine allfällige Gestaltung diskutiert werden. Es ist wichtig, dass nun keine Experimente mehr durchgeführt werden.

153 1.304 Einfache Anfragen

Neue Einfache Anfragen

EA J. Staudenmann (SVP) betr. Städte-Ranking 2007

Jürg Staudenmann: Dem durch die Zeitschrift Bilanz im 2007 erstellte Städte-Ranking (es wurden 124 Städte bewertet) ist zu entnehmen, dass die Gemeinde Spiez seit der letzten Bewertung im Jahre 2006 erheblich Ränge, nämlich 9 verloren hat; so findet sich Spiez heute auf dem Platz 96 (letztes Jahr auf Platz 87), bei der Steuerbelastung neu auf Platz 117 von 124 bewerteten Städten.

Wie erklärt sich der Gemeinderat dieses schlechte Abschneiden und was gedenkt er für konkrete Schritte zu unternehmen, um das Ranking generell und im Speziellen bei der Steuerbelastung wieder zu verbessern.

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

EA U. Gurtner (FDP) betr. Stellenetat Gemeindeverwaltung

Urs Gurtner: Wie hoch ist der aktuelle Bestand des Stellenetats der Gemeindeverwaltung? Der letzte Stand war 9000 Stellenprozente.

Franz Arnold: Seit der Schaffung der Stelle Ortsmarketing sollte sich nichts geändert haben. Die präzise Antwort erfolgt an der nächsten Sitzung.

154 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Behandlung parlamentarischer Vorstösse

Motion EVP-Fraktion (A. Bürki) betr. Wärmeverbundzonen im Zonenplan

Ausführungen des Gemeinderates

Stefan Kocherhans: Der Gemeinderat beantragt, die Motion zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben. Der Motionär verlangt, bei der bevorstehenden Zonenplanänderung eine Wärmeverbundzone einzuplanen. Die Gemeinde Spiez hat das Berner Energieabkommen (BEAKOM) unterzeichnet und das Label Energiestadt erhalten. Dies löst diverse Massnahmen aus. Am 25. Juni 2007 fand eine Informationsveranstaltung betreffend einen möglichen Wärmeverbund in Spiez statt. Ein recht grosser Perimeter würde wesentliche Vorzüge gegenüber einer Anlage im Zentrum bringen. Es wird nun eine Machbarkeitsstudie erstellt. Im Februar 2008 sollte dieses Geschäft im GGR behandelt werden. Die Inbetriebnahme der Anlage ist im Herbst 2009 geplant.

Ausführungen des Motionärs

Andreas Bürki: Die Antwort des Gemeinderates ist kurz und klar, was den fachlichen Inhalt anbetrifft. Es ist erfreulich, was die Gemeinde Spiez durch die Unterzeichnung des Berner Energieabkommens (BEAKOM) bereits alles unternommen hat. Trotzdem ist man mit der Schlussfolgerung, die Motion zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben, aus formellen Gründen nicht einverstanden. Er beantragt, die Motion zu überweisen, aber nicht gleichzeitig abzuschreiben. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, was in der verlangten Motion bereits alles erfüllt ist, damit diese abgeschrieben werden kann. Der Zonenplan wird erst in ca. drei Jahren vorliegen. Deshalb kann die Motion noch nicht abgeschrieben werden. Der Bauentscheid kann erst in rund einem Jahr erwartet werden. Der Gemeinderat bringt nur zum Ausdruck, dass er gewillt ist, das eingegangene Berner Energieabkommen umzusetzen. Dieses dient jedoch nur zur Umsetzung freiwilliger Massnahmen im Energiebereich. Es handelt sich klar nur um eine Absichtserklärung der beiden Partner. Es kann aber niemand Gewähr geben, dass die Gemeinde Spiez in einigen Jahren von diesem Abkommen abrückt. Ein solches Abkommen kann sich nicht über die Regeln der finanzkompetenten Organe hinwegsetzen. Seitens der Gemeinde entsteht kein Zusatzaufwand, wenn die Motion nicht abgeschrieben wird. Der Gemeinde entsteht mehr Sicherheit, dass die guten energiepolitischen Ziele umgesetzt werden. Die EVP-Fraktion beantragt deshalb, die Motion zu überweisen und nicht gleichzeitig abschreiben zu lassen.

Fraktionssprecher

Ulrich Nyffenegger: Die SP-Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, die Motion nicht abzuschreiben zu lassen. Die Motion soll erst abgeschrieben werden, wenn der Auftrag erfüllt ist. Beim BEAKOM handelt es sich zwar um gegenseitige Verpflichtungen, welche aber bei finanziellen Engpässen nicht wahrgenommen werden müssen. Der Wärmeverbund ist eine alte Ge-

schichte. Es gab bereits Projekte für einen Nahwärmeverbund. Es ist wichtig, am Auftrag festzuhalten.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Beschluss (mit grossem Mehr)

Auf Antrag der EVP-Fraktion wird die Motion der EVP-Fraktion (A. Bürki) betr. Wärmeverbundzonen im Zonenplan überwiesen und **nicht** als erfüllt abgeschrieben.

Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betr. Überprüfung von Gemeindeaufgaben

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Jede Gemeindeaufgabe wird erst dann übernommen, wenn die entsprechende gesetzliche Grundlage oder ein Entscheid der zuständigen finanzkompetenten Organe vorliegt. Mit dem Instrument der wirkungsorientierten Verwaltungsführung kann gesagt werden, welche Aufgaben wir in welchem Standard erfüllt haben wollen. Wir befinden uns noch in einer Übergangsphase. Der Gemeinderat hat sich zur Aufgabe gemacht, seine Aufgaben anzuschauen und auszuloten, wo noch Sparpotenzial vorhanden ist. Es wurden in allen Abteilungen und in jedem Bereich Aufgaben überprüft. Zum Teil wurden Aufgaben reduziert oder ganz weggelassen. Der Gemeinderat hat zuhanden des Budgets 2008 bei den Sachkontis zudem den Auftrag erteilt, 10 % gegenüber der Rechnung 2006 einzusparen. Die Antwort zeigt auf, dass die schwierige finanzielle Situation der Gemeinde erkannt und Verbesserungsmaßnahmen ein grosses Anliegen des Gemeinderates sind. Die Überprüfung der Gemeindeaufgaben ist eine permanente Aufgabe. In diesem Sinne beantragt der Gemeinderat, diese Motion zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

Ausführungen des Motionärs

Jürg Staudenmann: Er kann sich mit der Schlussfolgerung des Gemeinderates einverstanden erklären, die Motion überweisen und gleichzeitig als erfüllt abschreiben zu lassen. Er hofft, dass der Gemeinderat die in der Antwort aufgeführten Überprüfungen auch umsetzt. Ende Legislatur kann überprüft werden, ob diese Ziele auch erreicht wurden.

Fraktionssprecher

Keine Wortmeldungen.

Allgemeine Diskussion

Urs Gurtner: Die Kernaussage der Motion sagt aus, dass der Gemeinderat Gemeindeaufgaben auflisten soll, auf welche verzichtet werden kann. Dies hat der Gemeinderat in seiner Antwort nicht gemacht. Er plädiert darauf, die Motion überweisen zu lassen aber nicht gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

Joachim Nelles: Der Motionär hat aufgezeigt, dass er mit der Antwort des Gemeinderates einverstanden ist. Dies ist auch die Haltung der SP-Fraktion. Der Gemeinderat hat seine Hausaufgaben gemacht. Es gibt verschiedene andere Organe, bei welchen Einfluss auf das Budget, Standards etc. genommen werden kann. Die Motion kann deshalb überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben werden.

Auf die Frage des **Vorsitzenden** erklärt **Urs Gurtner**, dass er den Antrag stellt, die Motion nicht als erfüllt abschreiben zu lassen.

Beschluss (mit grossem Mehr : 7 Stimmen)

Die Motion der SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betr. Überprüfung von Gemeindeaufgaben wird überwiesen und als erfüllt abgeschrieben.

Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betr. Überprüfung des Finanzvermögens

Ausführungen des Gemeinderates

Kurt Frei: Die Motion verlangt, dass dem GGR bis spätestens Ende 2007 Bericht und Vorschläge unterbreitet werden, wie Teile des Finanzvermögens veräussert werden können. Die Liegenschaftsverwaltung bearbeitet dieses Thema seit einiger Zeit mit erhöhter Priorität. Es sind bereits folgende Schritte vollzogen worden:

1. Inventar sämtlicher Liegenschaften des Finanzvermögens erstellt.
2. Im Winter 2006/2007 Kontaktaufnahme mit verschiedenen Immobilienfirmen. Zusammenarbeit mit der Firma Wüest & Partner. Das Projekt soll ein zweckmässiges Immobilienmanagement sowie eine aussagekräftige Führungsinformation zum Ziel haben.
3. Anfangs Juni 2007 wurde mit Mitarbeitern der Firma Wüest & Partner eine Bestandsaufnahme präsentiert und das weitere Vorgehen besprochen.

Sämtliche Objekte werden nun einer Kosten-/Nutzenanalyse unterstellt. Diese wird über die weitere Bewirtschaftung der Liegenschaften wertvolle Hinweise liefern. Durch die fundierten Abklärungen ist es nicht möglich, einen seriösen Bericht bis Ende 2007 abzuliefern. Motionär Jürg Staudenmann wird für die Erstreckung des Termins gedankt. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass im Interesse einer zukunftsorientierten Liegenschaftsbewirtschaftung diese Fristerstreckung nötig ist.

Ausführungen des Motionärs

Seitens des Motionärs werden keine Ergänzungen angebracht.

Fraktionssprecher

Bernhard Hauck (SP): In den letzten Jahren sind planmässig und zum Teil sehr grosse Investitionen in gemeindeeigene Liegenschaften getätigt worden (z.B. Gygerweg 39/41). Diese Sanierung führte zu einer wesentlich besseren Rendite. Dem Verwaltungsbericht 2006 kann entnommen werden, dass die Nettorendite der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens 6.5 % betrug. Das Räumli spielt dabei eine wesentliche Rolle und wird in Zukunft noch zu Diskussionen führen. Die Liegenschaftsverwaltung unter Führung von Beat Hostettler macht gute Arbeit, mit vollem Einsatz und Weitsicht. Die SP-Fraktion beantragt, die mit Fristerstre-

ckung ergänzte Motion überweisen zu lassen. Künftigen Motionären, welche die Finanzen sanieren möchten, wird mit auf den Weg gegeben, sich vorgängig bei der betreffenden Verwaltungsabteilung zu erkundigen. Damit können die Schaffenskraft und die Finanzen der Gemeinde Spiez massiv geschont werden. Die seriöse Beantwortung einer Motion geschieht nicht zum Nulltarif. Genauere Zahlen können bei Finanzverwalter Stefan Christen eingeholt werden.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betr. Überprüfung des Finanzvermögens wird überwiesen (mit Fristerstreckung bis Ende 2008).

155 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Neueingänge parlamentarischer Vorstösse

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht worden.

Verabschiedung

Franz Sennhauser (FDP) hat auf diese Sitzung hin seine Demission als Mitglied des GGR eingereicht. Er war seit 1997 im GGR vertreten

Franz Sennhauser: Nach der dritten Amtsperiode ist es Zeit, neuen Leuten Platz zu machen. In den letzten 10 Jahren ist viel geschehen. Bildung war in dieser Zeit immer wieder ein Thema (Neubau und Sanierungen von Schulhäusern). Die Bucht wurde umgebaut. Es gab verschiedene Projekte im Bereich Tourismus und Verkehr und im Zentrum. Spiez wurde zudem stärker in den Wirtschaftsraum Thun integriert. Gewisse Sachen müssen jedoch etwas kritisch betrachtet werden. Die Kompetenzen des Gemeinderates sind eher zu klein oder wurden manchmal nicht wahrgenommen. Ein gewisser Hang zur „Demokratitis“ konnte immer wieder festgestellt werden. Grössere Geschäfte wurden in den Kommissionen anschliessend im Gemeinderat, im GGR und zum Schluss vom Volk behandelt. Dies kann nicht immer verhindert werden. Es könnten aber Abläufe vereinfacht werden (positive Kreditabrechnungen etc.). Weiter ist aufgefallen, dass in den letzten Jahren das Parteien- oder Blockdenken vermehrt zu spüren war. Dies müsste nicht sein. Das Zentrum nimmt an Bedeutung ab. Der Schuldenberg ist grösser denn je und dies in wirtschaftlich besten Zeiten. Dies gibt zu denken. Sehr positiv sind die guten Erlebnisse und die gute Gesprächskultur im GGR. Demokratie kostet zwar etwas, bringt aber eine gewisse Zufriedenheit. Viele junge engagierte Persönlichkeiten haben die Möglichkeit im GGR etwas zu lernen. In Sachen NPM muss der ganze GGR dieses Projekt kritisch verfolgen. Die Aussichten sind für Spiez sehr positiv, wenn man sich voll und ganz für diese attraktive Gemeinde engagiert. Der Zentrumsgestaltung wird eine überaus entscheidende Bedeutung beigemessen. Ohne eine attraktive Zentrumsgestaltung wird in Spiez nur wenig laufen. In der Wirtschaft steht der Ausbau des ABC-Zentrums an. Im Tourismus sollte es weitere positive Entwicklungen geben (Hotelerneuerungen etc.). Den GGR-Betrieb hat er als grosse Bereicherung angesehen und er hat viel miterlebt. Die Zukunft hat man nicht, die Spiezer Zukunft schafft man sich.

Klaus Aegerter dankt Franz Sennhauser für seinen Einsatz im GGR. Ihm wird für die Zukunft alles Gute gewünscht. Das Abschiedsgeschenk wird ihm noch nachgereicht.

Schluss der Sitzung um 22.25 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Der Protokollführer

K. Aegerter

A. Zürcher

Spiez, 13. September 2007/az